Einzelnummer 15 Milliarden

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 251 Milliarden freibl.; Ausland 4 schweiz. Fr. einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags, i. Fall. Gewalt schlecht Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811, Fernsprr. 17000-17002); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigen-Tagespreis: Grundzahlen für Gesamtausgabe: Die 15-gespaltene mm-Zeile 35 Mk. (auswärts 100 Mk.). Rabatt nach Tarif. Private Familienanzeigen 25 Mk. Gelegenheitsanz. priv. Natur u. Stellenangebote 25 Mk. Stellengesuche 18 Mk. Amtl. Anzeigen (Doppelmm-Zeile) 100 Mk., für ausw. 210 Mk. Reklamez. 425 Mk., für ausw. 560 Mk. **Alles mal Schlüsselzahl 24 Millionen.** Ausl. Valutaaufschlag. Postscheckkonto Leipzig Nr. 2004. Erfüllungsort Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 262 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur L. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Naunhof. Eigentum, Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. — Sonntag, den 4. November 1923 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3603) Dresdner Schriftleitung: Gabelsbergerstr. 24 (Fernsprecher 34793) Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 3588) — 117. Jahrg.

Stresemanns Experiment

Die Deutschnationalen als stille Regierungsteilhaber? — Vor durchgreifenden währungspolitischen Maßnahmen — Dollarkurs 420 Milliarden

3. November.

B—l. Es sieht beinahe so aus, als ob Deutschland fest entschlossen wäre, an eigener Torheit zugrunde zu gehen. Kaum sind die Wellen eines innerpolitischen Erdbebens verebbt, da beschwören Unverstand und Eigensinn eine neue Erschütterung herauf. Die Instinktlosigkeit, die sich hierin kundgibt, tritt besonders kraß hervor, wenn man sich die augenblickliche internationale Lage vor Augen hält. Großbritannien und die Vereinigten Staaten scheinen gewillt, endlich einmal der satanischen Politik Poincarés die Führung zu entwinden, und in Aachen wird der Vertreter Englands von der Bevölkerung geradezu als Retter aus schwerster Bedrängnis gefeiert. Am düsteren Horizont Deutschlands glimmt ein erster heller Schein auf — und in eben diesem Moment bricht die Große Koalition auseinander!!

Angesichts dieses Vorgangs fällt es dem Patrioten wirklich schwer, Ruhe zu bewahren. Anlaß zur Erregung liegt nicht nur in den Tatsachen, die zur Sprengung der bisherigen Regierungsmehrheit geführt haben, sondern ebenso und erst recht in der Situation, der sich das deutsche Volk nun gegenübergestellt sieht. Die Gruppierung, die als die einzige den von unserer Not geforderten Ausgleich der Interessen hätte anbahnen können, zerbricht, und der leere Raum, den ihr Verschwinden schafft, droht zur Versuchsbühne von mehr oder weniger bösartigen politischen Schmierenkomödianten zu werden. Herr Adolf Hitler, der arbeitsscheue Anstreichergeselle aus Oesterreich, hat nicht umsonst seine Streitkräfte an der thüringischen Südgrenze aufmarschieren lassen; er wartete offensichtlich auf seine „historische Stunde", und wenn eine in sozialdemokratischen Kreisen Berlins umlaufende Behauptung zutrifft, so glaubt er sie nunmehr gekommen.

Es ist zweifelhaft, ob es Herrn Dr. Stresemann gelingen wird, die erregten Geister auch diesmal wieder zu beschwichtigen und eine politische Kräfteverbindung zu erzielen, die unserem Volk für die nächste Teilstrecke seines Leidensweges Führerin zu sein vermöchte. Der bloße Name Stresemann besitzt nach den Nackenschlägen, die sein Träger auf dem Gebiet der inneren Reichspolitik in diesen Tagen erlitten hat, wohl nicht mehr genug Zugkraft, um getrennte Elemente zu einem aktionsfähigen Ganzen zusammenzufügen. In parlamentarisch regierten Ländern darf es ein leitender Politiker nicht auf eine Serie von Mißerfolgen ankommen lassen. Diese Erfahrungswahrheit hat man zum Schaden Deutschlands mißachtet, als man das unglückselige Kabinett Cuno um jeden Preis halten zu müssen meinte. Herr Stresemann möge sich und die Umstände sorgsamst darauf hin prüfen, ob er bei dem Versuch eines halbparlamentarischen Regimes wenigstens eine innere Rechtfertigung für sich hätte. Der Erfolg eines solchen Experiments hinge zu einem wesentlichen Teil von Kräften ab, die dem Einfluß des Kanzlers entzogen sind.

Die Riesenlast der Aufgaben, die eine deutsche Regierung gegenwärtig zu meistern hat, sollte aber nicht nur dem engeren Kreise der „Ministrablen", sondern auch den Parteien und über diese hinaus dem ganzen Volk eine furchtbar ernste Mahnung sein. Schon das Eine, daß das unter tausend Schwierigkeiten zustandegebrachte Ermächtigungsgesetz mit dem Zerfall des Koalitionsblocks seine Geltung verloren hat, läßt die Größe der Verantwortung erkennen, die wir gemeinsam zu tragen haben. Daß die verflossene Kaiserliche Hoheit des Kronprinzen wieder auf reichsdeutschem Boden wandeln darf, wird nur solchen Leuten frohe Botschaft sein, die von dem großen wirtschaftlichen Elend so wenig verspüren, daß sie in aller Behaglichkeit monarchistische Restaurationspläne aushecken können.

Wieder einmal ballen sich Wolken über Deutschland zusammen. Doch trotz der vielen Enttäuschungen, die unser Land sich schon selber bereitet hat, wollen wir vorerst noch die Hoffnung bewahren, es möchte sich zwischen den Lagern des Hakenkreuzes und des Sowjetsterns genügend Tatkraft und redlicher Wille finden, um unser armes Volk über den scharfen Grat, auf dem es sich jetzt bewegt, zu besseren Tagen hinüberzugeleiten.

Berlin, 3. November. (Eig. Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zusammengetreten, um sich mit der durch den Austritt der sozialistischen Minister geschaffenen Lage zu beschäftigen. Trotz der Krise steht die Währungsfrage im Vordergrunde der Erörterungen, da hier ganz entschieden und gründlich Einschneidendes geschehen muß, um den berechtigten Forderungen weitester Volkskreise Rechnung zu tragen.

Das Kabinett steht der kommenden Entwicklung vollkommen ruhig gegenüber. Es gibt sich keinen Illusionen über die Schwierigkeiten hin, die seine schmale Grundlage mit sich bringt. Wenn von der einen oder andern Seite das Kabinett gestürzt werden sollte, so wird der Kanzler die Entscheidung in die Hand des Reichspräsidenten legen. Einstweilen rechnet man nicht mit dieser Möglichkeit. Stresemann wird zunächst die frei gewordenen Sitze des Kabinetts mit Männern besetzen, über die noch kein Entschluß gefaßt ist, bei deren Wahl aber jedenfalls keine parteipolitischen Gesichtspunkte maßgebend sein werden.

Berlin, 3. November. (Eig. Tel.) In den Parteien hat die gestern gefallene Entscheidung noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme in bezug auf ihr künftiges Verhalten geführt. Aus Kreisen der bürgerlichen Parteien erfahren wir: Die Deutsche Volkspartei, deren Entschlüsse auf das Kabinett natürlich von besonderem Einfluß sind, steht auf dem Standpunkt, daß die neue Konstellation doch mehr oder weniger dazu führen wird, daß sich sämtliche bürgerliche Parteien zusammenfinden, um das Kabinett zu stützen. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß schon bei der jüngsten Krise verständige und einflußreiche Führer der Deutschnationalen Partei hervorgetreten seien und geneigt schienen, dem bürgerlichen Kabinett Stresemann Unterstützung zuzusichern. Die Kämpfe, die es damals innerhalb dieser Partei gegeben hat, und die jüngste Entwicklung scheinen, so meint man, auf volksparteilicher Seite einen Wandel vollzogen zu haben, und jene hätten ein Uebergewicht bekommen, die der Ansicht sind, daß man ein bürgerliches Kabinett am Ruder erhalten müsse. Besonders sei auch in dem vielgenannten Landbund die Stimmung nach dieser Richtung hin stärker geworden.

Was die

Aufrechterhaltung der Großen Koalition in Preußen

betrifft, so ist man auf dieser Seite nicht sehr optimistisch. Das Zentrum scheint jedenfalls keine Neigung zu haben, eine Koalition der Linken mitzumachen, wenn auch ein Teil seiner Mitglieder eine ausgesprochene Rechtsregierung keinesfalls begrüßen würde. Die Mehrheit scheint jedenfalls ein bürgerliches Kabinett zu wünschen, in dem die Deutschnationalen die Rolle des stillen Teilhabers spielen würden unter der Voraussetzung, daß sie ihre parteipolitischen Forderungen hinter denen des allgemeinen Wohls zurückstreten lassen. In der Demokratischen Partei sind endgültige Beschlüsse für alle Eventualfälle noch nicht gefaßt.

Zweifellos ist auch in der demokratischen Partei, so wenig Neigung hier besteht, einen von den Deutschnationalen diktierten Kurs mitzumachen, der Wille vorherrschend, das Kabinett Stresemann lebensfähig zu erhalten und in der gegenwärtigen Not über Vorurteile und sonst im Vordergrunde stehende Parteigrundsätze nach Möglichkeit hinwegzukommen.

Gegen den Gedanken einer schwerindustriellen Diktatur

Berlin, 2. November. (Eig. Tel.) Das offiziöse Organ des Reichskanzlers, die „Zeit", polemisiert sehr scharf gegen den schwerindustriellen „Lokalanzeiger", der die Regierung Stresemann heftig angegriffen hat. Das Blatt schreibt: „Seit einiger Zeit schon arbeitet man an der Vorbereitung einer Diktatur, die von Beauftragten der Großindustrie getragen und von einer parlamentarischen Verantwortlichkeit losgelöst werden soll. Man hat wohl auch die Vorschläge im einzelnen schon fertig. Wenn der „Lokalanzeiger" das gegenwärtige Kabinett angreift, verfolgt er wahrscheinlich den Zweck, die gesetzmäßige und verfassungsmäßige Diktatur der gegenwärtigen Regierung zu diskreditieren und das zugunsten der politischen Gewaltherrschaft, die von anderer Seite vorgeschlagen wird. Ein solcher Plan mag vielleicht im ersten Augenblick ganz bestechend aussehen. Wie lange die Dinge aber ruhig gehen würden und wie lange eine solche Diktatur der Großindustrie und ihrer Beauftragten sich halten würde, das möge man sich doch einmal im „Lokalanzeiger" überlegen! Sollten wir uns mit unserer Annahme irren, so möge das Blatt sagen, was es bezweckt; sollten aber seine Angriffe, wie wir annehmen, der Forderung sattsam bekannter Diktaturpläne dienen, dann ist es doch wohl besser, einmal offen zu sagen, wie der Kurs aussieht und wohin er steuert."

Der weiß-blaue Wahnwitz

Berlin, 3. November. (Eig. Tel.) Der „Vorwärts" meldet heute abend, daß sich in Bayern über Nacht Vorgänge vollzogen haben, die noch in einiges Dunkel gehüllt sind, die aber für die politische Entwicklung der nächsten Zeit von weitreichender Bedeutung sein werden. Herr von Kahr, der von der verfassungsmäßigen Regierung Knilling eingesetzte Generalstaatskommissar, hat die Regierung, die ihn einsetzte, gestürzt. Er hat über ihren Kopf hinweg nach Berlin ein Ultimatum geschickt, das mit dem Vormarsch auf Berlin droht, falls nicht binnen 24 Stunden eine Rechtsdiktatur eingerichtet wird. Diese Tat eines Wahnsinnigen stellt Bayern und ganz Deutschland vor die schwersten Ereignisse.

Eine andere Version lief heute im Reichstage um, wonach die Reichsregierung aufmerksam gemacht worden sei, daß die illegalen Kampfverbände Hitlers, die in Nordbayern angesammelt sind, mit dem Einfall in Thüringen drohen, wenn nicht in Berlin binnen 24 Stunden eine Rechtsdiktatur eingesetzt wird.

An amtlichen Stellen wird der Nachricht über den drohenden Einmarsch in Thüringen ein Dementi entgegengesetzt insofern, als es sich nach telephonischer Verständigung zwischen der Berliner und der Münchner Regierung nicht um einen Vormarsch bayrischer Kräfte nach Berlin handelt. Nicht widersprochen wird in diesem Dementi die Annahme, daß die Drohung von illegalen Kampfverbänden der Rechtsradikalen ausgeht.

Nach dem „Berliner Tageblatt" sieht auch das Reich die Vorgänge an der bayrisch-thüringischen Grenze als sehr ernst an. Indes wird von verantwortlicher bayrischer Seite jede Gemeinsamkeit mit den Putschisten bestritten, es handele sich vielmehr um solche Leute, die der Hand der Führer entglitten und nun von München nach Koburg abgezogen seien.

*

Berlin, 2. November. (Eig. Tel.) Der Reichsminister des Innern, Sollmann, hat mit letzter Regierungshandlung folgendes Telegramm an den bayrischen Ministerpräsidenten gerichtet: „Die preußische und thüringische Staatsregierung erheben bei mir entschiedene Vorstellungen wegen der irregulären Truppenkonzentrationen an der nordbayrischen Grenze. Verhältnismäßig bedeutende Truppenverbände mit schweren Waffen, auch Geschützen, amtlich festgestellt. Amtliche Meldungen sprechen von Grenzüberschreitungen auf thüringisches Gebiet und Schüssen auf die thüringische Grenzpolizei. Preußische und thüringische Staatsregierung besorgt wegen Bedrohung ihres Landes durch irreguläre Truppen und verlangen schleunigst Schutz durch die Reichsregierung. Große Beunruhigung in ganz Mitteldeutschland wegen der militärischen Vorgänge in Nordbayern. Im Reichsinteresse ersuche um baldige Aufklärung über die irregulären Rüstungen in Nordbayern und über Maßnahmen der bayrischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr."

Das Martyrium der Westmark

Von Köln aus wird folgender Hilferuf der Rheinländer veröffentlicht:

„In größter Not ruft das deutsche Volk an Rhein und Ruhr das Gewissen der Welt an. Landfremde Aufrührer, die nach Söldnerart gegen Geld ihr Handwerk ausüben, ungehindert schwerbewaffnet im Lande umherziehen dürfen und auf Regiezügen befördert werden, sollen in fremdem Auftrage das urdeutsche Rheinland vom deutschen Vaterland losreißen. Sie üben Gewalt, Terror, Mord und Plünderung aus unter dem Schutz französischer und belgischer Bajonette. Dies ist genügend durch Berichte amerikanischer und englischer Journalisten als Augenzeugen bestätigt. Daraus ergibt sich auch, daß in der von den Briten besetzten Zone nichts von dieser separatistischen Bewegung zu bemerken ist. Alle echten Rheinländer ohne Unterschied lehnen diesen volksfeindlichen separatistischen Ueberfall mit Entschiedenheit und Abscheu ab. Er ist keine Volksbewegung; er ist ein roher Eingriff in Recht und Freiheit der deutschen Rheinländer. Die Signatarmächte des Vertrags von Versailles haben die Grenzen des Deutschen Reichs und das Recht der Bevölkerung am Rhein mit ihrer Unterschrift garantiert. Daher rufen wir die Regierungen und Volksvertretungen dieser Mächte und alle gerecht denkenden Menschen der Welt angesichts des drohenden Zusammenbruchs um schnelle Hilfe an. Es geht ums Leben von Millionen Menschen am Rhein, die seit Jahren unendliches Leid für ihr Vaterland tragen. Es geht um das Geschick und den Frieden Europas, über die jetzt für lange Zeit entschieden wird.

Das deutsche Volk an Rhein und Ruhr."

*

Frankfurt a. M., 2. November. Der „Frankfurter Zeitung" zufolge ist heute in Königstein im Taunus von den Separatisten die „Rheinische Republik" ausgerufen worden. Die Separatisten besetzten das Rathaus und das Landratsamt; die Post wurde ebenfalls in Besitz genommen, nachher aber wieder freigegeben. Widerstand der Bevölkerung war nicht möglich. Gleichzeitig mit der Ausrufung der „Rheinischen Republik" wurden in verschiedenen Konfektions- und Schuhläden Plünderungen verübt.

Holländische Hilfe für unser Volk

Das holländische Rote Kreuz veröffentlicht einen Aufruf, in dem mit kurzen ergreifenden Worten die furchtbare Notlage des deutschen Volkes geschildert und das niederländische Volk aufgefordert wird, dem östlichen Nachbar in derselben großzügigen Weise zu Hilfe zu eilen, wie es dies seinerzeit anläßlich der russischen Hungersnot getan habe.

Die Reichswehr in Zwickau

Zwickau, 3. November. (Eig. Tel.) Freitag mittag ist Reichswehr in Zwickau einmarschiert, und zwar drei Bataillone Infanterie, verstärkt durch Minenwerfer, Panzerwagen und Artillerie. Im Norden rückten Oldenburgische Truppen, im Zentrum Bedenker und im Süden Hessen ein. Kavallerie ist in den umliegenden Dörfern untergebracht. Ortskommandant ist Oberst von Brandenstein. Vom badischen Regiment Nr. 14 sind auf dem Marktplatz Drahtverhau aufgerichtet worden.

Alsbald nach dem Einmarsch am Freitag begab sich eine Reichswehrabteilung mit einem Panzerauto nach dem Gebäude des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblattes", das am Tage vorher ein gegen die Reichswehr gerichtetes Flugblatt verbreitet hatte. Die gerade im Versand begriffene neueste Nummer des Volksblattes durfte zunächst nicht verbreitet werden, ist aber später freigegeben worden. Am Abend des Freitags standen noch Reichswehrposten vor dem Gebäude des Blattes. Wie lange die Reichswehr noch in Zwickau stationiert bleibt, ist vorläufig noch unbekannt.

Dollar in Berlin

amtl. Mittelkurs: 420 Milliarden

1 Goldmark:

90,75 Milliarden Geld — 100,25 Milliarden Brief

Goldanleihe 420 Milliarden

Dollarschatzanweisungen — Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse	Parität in Milliarden		Vorbörse	Parität in Milliarden
	1.	1.		1.	1.
Berlin	1,000000000	1250	Amsterd.	18.66	463.06
London	445.50	5568.75	Prag	291.75	36.41
Paris	576.25	71.91	Kopenhg.	—	—
Mailand	443.75	55.46	Stockh.	—	—
Wien	17.76	222	Christ.	14.00	187.05